

Leitanträge

Antrag L01

Votum der Antragskommission: Diskussion durch Parteitag

Votum des Parteitags: mehrheitlich angenommen

Thema: Unser Sachsen für morgen: Der Weg geht weiter.

Mit einem klaren Bild für „**Unser Sachsen für morgen**“ sind wir sächsischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Sommer 2014 in den Landtagswahlkampf gezogen. Wir haben in unserem Wahlprogramm konkrete Vorschläge gemacht: Wie wir in Sachsen ein lebenswertes Zuhause für alle Menschen schaffen können. Wie wir die Bildung in unseren Schulen und Hochschulen verbessern wollen. Wie wir eine gesunde Wirtschaft mit fairen Arbeitsbedingungen und soliden Finanzen in Einklang bringen. Wie sich unser Land nachhaltig entwickeln kann. Wie die sächsischen Behörden, Verwaltung und Polizei gestaltet werden sollen. Und auch, wie wir ein demokratisches Miteinander in Sachsen stärken können.

Viele unserer Vorschläge sind nach der Wahl in den **Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU** aufgenommen worden. Und deshalb haben die Mitglieder der sächsischen SPD mit großer Mehrheit für den Koalitionsvertrag gestimmt. Heute, ein gutes Jahr später, wurden bereits viele Vereinbarungen umgesetzt. Sie sind ein erster Schritt in die richtige Richtung:

- Ab September 2015 wird der Betreuungsschlüssel in Kindergärten und Krippen erstmals seit 1992 schrittweise verbessert.
- Wir unterstützen die Kinder- und Jugendhilfe und haben eine Erhöhung der Jugendpauschale auf 12,40 Euro beschlossen.
- Für das Schuljahr 2015/2016 wurden über 1.000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt.
- Der Stellenabbau an Hochschulen wurde aufgehoben.
- Für eine starke demokratische Kultur haben wir die Mittel für das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ um mehr als 1,3 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt.
- Zum ersten Mal gibt es ein Programm, das Integration stärkt: Mit der Förderrichtlinie „Integrative Maßnahmen“ wird ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingshilfe und die Integrationsarbeit von sächsischen Kommunen mit mehreren Millionen Euro unterstützt.
- Mit den Personalkommissionen des Freistaats wird es endlich eine wirkliche Bedarfsplanung und damit einen Paradigmenwechsel bei der Personalpolitik geben.
- Wir schaffen mit den TarifpartnerInnen eine Fachkräfteallianz.
- Wir investieren massiv in den Breitbandausbau – für eine flächendeckende Versorgung in Stadt und Land.
- In der Kunst- und Kulturförderung steigt das Budget jährlich um knapp eine Million Euro.

Leitanträge

Sachsen ist ein Land mit Zukunft – heute mehr denn je: Trotz politischer und wirtschaftlicher Krisen in der Welt zeigt sich die sächsische Wirtschaft robust. Die Industrie erreichte hierzulande seit dem Jahr 2000 das zweitstärkste Wachstum aller Bundesländer. Die Handwerksdichte ist außergewöhnlich hoch und liegt klar über dem deutschen Durchschnitt. Ein großer Teil des gesamten Exports der ostdeutschen Flächenländer stammt aus Sachsen. Die Einkommen steigen. Die Arbeitslosenquote ist so niedrig wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Einheimische Betriebe behaupten sich auf den Märkten, neue Unternehmen siedeln sich bei uns an. Der eingeführte Mindestlohn sorgt für mehr wirtschaftliche Sicherheit. Jungen Menschen stehen viele Ausbildungsplätze zur Verfügung. An den sächsischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird Spitzenforschung betrieben. Familien finden verlässliche Betreuung für ihre Kinder. Kultur und Sport werden gefördert. Sachsen könnte eigentlich allen, die hier leben, eine gute Heimat sein.

Doch bei allen Erfolgen besteht in der Bevölkerung oft auch ein Gefühl von Unsicherheit. Nach den Umbrüchen nach der Wiedervereinigung mit hoher Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhnen und fehlender Wertschätzung geht es den meisten Menschen im Freistaat heute besser. Dennoch fühlen sich viele Sächsinen und Sachsen von weltweiten Krisen direkt betroffen. Menschen fliehen vor Bürgerkriegen, politischer Verfolgung oder wirtschaftlichem Elend auch nach Deutschland, die extrem niedrigen Zinsen fressen bei gleichzeitig höherer Inflation die Ersparnisse für das Alter auf.

Zu viele Menschen in unserem Land fühlen sich nach wie vor unsicher, wenn sie an ihre Zukunft denken. Manche Menschen in unserem Land blicken mit Sorge auf das **Älterwerden**. Sie fragen sich, ob sie auch im Alter ihren Lebensstandard halten können – und ob sie gut versorgt werden, wenn sie krank werden oder zu schwach sind, um ihr Leben eigenständig meistern zu können. Vielen ist es trotz Leistung, guter Ausbildung, Stress und Sparsamkeit mit ihrem schmalen Geldbeutel schwer möglich, einen kleinen Wohlstand aufzubauen. Der erreichte Status erscheint unsicher, die aktuelle wirtschaftliche Stabilität brüchig. Besonders haben die Menschen das Gefühl, dass nicht ihre Leistung über ihren Arbeitsplatz entscheidet, sondern Umstrukturierungen globaler Unternehmen oder das Missmanagement in Führungsetagen.

Manche Menschen sorgen sich um die **Sicherheit** in unserem Land: Wird in meine Wohnung eingebrochen oder wird mein Auto gestohlen? Kommt die Polizei schnell, wenn man sie ruft? Manche Menschen sorgen sich auch um ihr **Lebensumfeld**: Bleibt unsere Umwelt intakt? Kann ich hier gesund leben? Wird unsere Energieversorgung sicher und bezahlbar bleiben?

Die Menschen haben verschiedene Wege, mit diesen Unsicherheiten umzugehen. Manche packen an, engagieren sich und nehmen die Dinge selbst in die Hand. Sie übernehmen Verantwortung für sich und für andere Menschen in unserer Gesellschaft. Manche verlassen Sachsen und suchen ihr Glück woanders. Manche resignieren, andere schimpfen. Und eine Besorgnis erregende Zahl wendet sich in ihrer Wut sogar gegen andere.

Leitanträge

Doch all diese Menschen erwarten, dass die politisch Handelnden ihre Unsicherheiten erkennen, ernst nehmen und verringern.

Diese Erwartung ist durchaus gerechtfertigt. Bestimmte Risiken kann eine einzelne Person nicht absichern. An dieser Stelle ist der Staat gefragt. Allerdings können die Politik, der Staat und die öffentlichen Institutionen nicht alle Unsicherheiten beseitigen. **Unsicherheit gehört zu einem freien Leben dazu. Zum guten Leben gehört aber auch Vertrauen.** Menschen müssen Vertrauen darin haben, dass ihre Lebensgrundlage in einer Demokratie sicher ist. Dass sie auch in schweren Zeiten von einer solidarischen Gemeinschaft aufgefangen werden. Dass sie sich frei entwickeln können – mit den gleichen Rechten und Chancen. Vertrauen wächst oder sinkt mit den Erfahrungen, die Menschen in ihrem Leben machen. Genau das ist das Anliegen der Sozialdemokratie: Wir wollen Menschen zu einem freien Leben befähigen und ihnen Vertrauen geben – einerseits in sich selbst und andererseits in ihre Umwelt, ihre Mitmenschen und in unsere Demokratie.

Wir stehen für gute Bildung und faire Chancen

Der Anfang allen Vertrauens liegt in der Kindheit: Wenn Menschen etwas lernen und wenn sie Fähigkeiten entwickeln, dann schöpfen sie daraus Selbstvertrauen. Und wenn sie gleichzeitig einen starken Rückhalt in ihrer Familie erfahren, wenn sie merken, dass immer jemand für sie da ist, dann schöpfen sie auch Vertrauen in ihr Umfeld.

Deshalb sind für uns **Familienförderung, Kinderbetreuung und gute Bildung** weiterhin zentrale Anliegen. Wir haben die Betreuung in unseren Kindertagesstätten durch die Erhöhung des Personalschlüssels verbessert. Nach über 20 Jahren ist es uns gelungen, diesen Schritt durchzusetzen. Wir sind uns aber bewusst, dass das nicht ausreicht. Wer bessere Kitas will, muss auch die Arbeitsbelastung der Erzieherinnen und Erzieher im Blick haben – und perspektivisch für Entlastung sorgen. Deshalb bleibt ein **Betreuungsschlüssel von 1:4 in Krippen und 1:10 in Kindergärten** unser Ziel.

Der Betreuungsschlüssel ist allerdings nur ein Aspekt der Bildung unserer Jüngsten. Entscheidend sind auch motiviertes Personal und gut qualifizierter ErzieherInnennachwuchs. Die Kita von morgen wird eine andere sein. Deshalb müssen neue Entwicklungen bereits in der Ausbildung thematisiert werden. In der **Kita der Zukunft** werden **multiprofessionelle Teams** arbeiten, die für bestmögliche Startchancen unserer Jüngsten sorgen. Perspektivisch brauchen wir dort also nicht nur pädagogische Fachkräfte, sondern auch Fachkräfte, die sich etwa um Inklusion, Integration, Sprachausbildung oder soziale Betreuung kümmern – und zwar nicht anstelle von Erzieherinnen und Erziehern, sondern zusätzlich zu ihnen.

Wir haben die Mittel für die Jugendpauschale erhöht, damit Familienberatung und präventive Angebote ausgebaut werden können. Noch immer ist aber die Zahl derjenigen zu hoch, die ihre begonnene Berufsausbildung abbrechen oder nicht erfolgreich abschließen. Weil derzeit die Ansprechstellen, die Jugendliche bei der Berufswahl unterstützen, in un-

Leitanträge

übersichtlicher Weise auf verschiedene Behörden der Kommunen, der Arbeitsagenturen und anderer Einrichtungen verteilt sind, werden wir Jugendberufsagenturen schaffen, damit junge Menschen aus einer Hand einen guten Start in ihr eigenständiges Leben erhalten.

Wir wollen unser sächsisches Bildungssystem weiter verbessern. Gute und erreichbare Schulen mit ausreichend Lehrpersonal sind notwendige Bedingungen für den Bildungserfolg. Wir haben die Zahl der unbefristet einzustellenden Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen erhöht: Zum Schuljahresbeginn 2015 wurden über 1.100 neue Lehrkräfte eingestellt, 1.000 Neueinstellungen werden jährlich folgen. Schon heute müssen wir über ideelle Anreize bis hin zu höheren Gehältern dafür sorgen, dass der Lehrerberuf attraktiver wird, so dass geeignete junge Menschen in genügender Zahl auch Lehrerin oder Lehrer werden wollen. Zugleich müssen wir Sorge tragen, dass die Schulen im ländlichen Raum von diesen Einstellungen profitieren.

Wir wollen in unserem Land eine ehrliche Debatte über unser Bildungssystem in Gang setzen – über Lehrpläne und Lehrmethoden, über Bildungsstandards und Vergleichbarkeit. Wir haben eine gute Bildung in Sachsen. Aber zu viele fallen noch durch das Raster der sächsischen Bildungspolitik. Wir akzeptieren nicht, dass fast neun Prozent der Kinder die Schule ohne einen Abschluss abbrechen und dadurch möglicherweise dauerhaft abgehängt werden – das ist bundesweit einer der miserabelsten Werte.

Und auch wenn unser derzeitiger Koalitionspartner damit ein Problem hat: Den Rahmen zu schaffen für ein längeres gemeinsames Lernen bleibt eines unserer zentralen politischen Ziele. Denn so werden wir besser den entwicklungspsychologischen Besonderheiten von aufwachsenden Kindern gerecht und vermeiden, dass unsere Gesellschaft schon früh gespalten und einzelne SchülerInnen beschämt werden. Längst ist empirisch und wissenschaftlich gesichert, dass Vielfalt eine gute Basis für nachhaltiges Lernen ist. Deshalb wollen wir allen Schülerinnen und Schülern in einer Schule alle Abschlüsse bis hin zum Abitur ermöglichen. Wir wollen niemandem durch frühe Selektion einen Abschluss erschweren oder verwehren – aber auch niemanden auf einen Abschluss festlegen, den er gar nicht will. Wir wollen den Blick stärker als bisher auf die individuelle Förderung jedes einzelnen jungen Menschen richten.

Dafür müssen wir mit der **Novellierung des Schulgesetzes** den Schulen endlich mehr Verantwortung übertragen und damit deutlich mehr Raum für die Gestaltung der Bildungsprozesse vor Ort geben. Demografische Entwicklungen auf der einen Seite und die mit der Umsetzung der UN-Behindertenkonvention verbundene notwendige Differenzierung der Lernprozesse auf der anderen Seite läuten die Ablösung der Einheitsschulen verschiedener Schularten ein. Schulen müssen dazu nicht nur bedarfsgerecht und verlässlich auf die nötigen personellen und sächlichen Ressourcen zugreifen können, sondern genauso auf Beratung und Unterstützung. Da eine gute Schule mit ihrem Personal steht oder fällt, müssen Schule und Schulträger auch Einfluss darauf erhalten, wer an der Schule arbeitet, welche LehrerInnen, SozialpädagogInnen, TherapeutInnen etc. Ganz-

Leitanträge

tagsschulen oder -angebote und Schulsozialarbeit sollen verlässlich über ein Landesprogramm finanziert und damit ausgebaut werden.

Zudem müssen Kinder mit einem Migrationshintergrund – die in den kommenden Jahren verstärkt in unser Bildungssystem kommen werden – von Anfang an beste Integrationschancen erhalten. Das beginnt in den Kitas und muss sich in den Schulen fortsetzen. Bildung ist der Schlüssel zur Integration in unsere Gesellschaft.

Die Demokratie lebt davon, dass sich Menschen engagieren und beteiligen. Dazu bedarf es Wissen und Informationen, wie unsere Demokratie funktioniert und es bedarf der Ermutigung, demokratische Gestaltungsspielräume zu nutzen. Ebenso muss der konstruktive Dialog zwischen unterschiedlichen Meinungen und Werten erlernt werden. **Politische Bildung** ist dafür ein Schlüssel. Dies beginnt in schulischen und außerschulischen Bereichen, wo über die Formen, wie Konflikte in unserer Gesellschaft ausgetragen werden, informiert und unterrichtet werden muss. Schulen sind kein unpolitischer Raum, sondern müssen sich den gesellschaftlichen Konflikten unserer Zeit öffnen und diese auch im Diskurs begleiten. Für Bürgerinnen und Bürger bleibt dies eine lebenslange Aufgabe. Weiterbildung, auch politische Weiterbildung, muss deshalb allen möglich sein. Wir treten deshalb weiterhin für ein **Weiterbildungsfreistellungsgesetz** ein, bei dem alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Auszubildende die Möglichkeit auf bezahlte Weiterbildungsfreistellung haben. Wir sehen die aktuelle Notwendigkeit, dass die finanziellen Mittel für politische Weiterbildung in Sachsen im kommenden Doppelhaushalt erhöht werden müssen, damit die politische Bildung gestärkt wird.

Wir stärken Unternehmen und sichern Arbeitsplätze

Sachsens Wirtschaft geht es gut. Das Wachstum liegt über dem ostdeutschen Durchschnitt. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. Die sächsische Industrie ist stark und innovativ, die Handwerkslandschaft vielfältig. All die guten Zahlen und Daten bedeuten aber nichts, wenn wir sie feierlich vor uns hertragen und uns darauf ausruhen. Wir müssen sie vielmehr als gute Grundlage und Ansporn für künftige Herausforderungen nutzen. Denn Sachsens wichtige Aufbaujahre nach Friedlicher Revolution und Vereinigung sind nun vorüber. Sachsen braucht jetzt den zweiten Schwung. **Wir müssen jetzt die Herausforderungen für die Zukunft angehen – sonst fallen wir zurück.**

Es gibt erheblichen Nachholbedarf gegenüber den alten Bundesländern. Löhne und Produktivität sind geringer, auch weil die Unternehmensstruktur vergleichsweise kleinteilig ist und wir noch zu wenige international agierende Großunternehmen mit Sitz in Sachsen haben. Es wird in Sachsen noch zu wenig geforscht, entwickelt und schließlich zur Serienreife gebracht.

Um bei der Produktivität aufzuholen, benötigen wir größere, innovativere Unternehmen. Diese tragen deutlich mehr zum Beschäftigungswachstum bei, erzielen höhere Renditen, forschen und exportieren mehr und haben eine höhere Produktivität. Zuletzt

Leitanträge

lagen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (F&E) mit 2,74 Prozent des Bruttoinlandsproduktes knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Vor allem die Unternehmen investieren nicht genug in Forschung und Entwicklung. Wir wollen den F&E-Anteil weiter erhöhen, insbesondere durch Ansporn für private Investitionen. Wir haben in der Landesregierung die Angebote für High-Tech-Gründer in der aktuellen Förderperiode weiter ausgebaut und die Fokussierung auf zusätzliches Personal für F&E und Transferaufgaben gestärkt. Mit der Innovationsplattform futureSAX bringen wir GründerInnen, UnternehmerInnen, InvestorInnen und WissenschaftlerInnen zusammen.

Wir müssen die Chancen der zunehmenden Digitalisierung nutzen. Noch können wir diese Potenziale nur erahnen. Wenn aber schon Debatten geführt werden, ob in Zukunft Google oder Apple Autos bauen oder VW und BMW, dann müssen wir alles daran setzen, den Innovationsstandort Sachsen auszubauen, um gute Arbeitsplätze hier zu erhalten. Eine zentrale Voraussetzung ist der flächendeckende Ausbau eines Netzes für Hochgeschwindigkeitsbreitband. Deshalb investieren wir bis 2018 über das Förderprogramm Digitale Offensive Sachsen (DiOS) allein an Landesmitteln 200 Millionen Euro für den **Ausbau der Netzinfrastruktur**. Unser Ziel ist dabei, den Ausbau von Internetverbindungen mit Datenraten von mindestens 50 Megabit/Sekunde in ganz Sachsen zu garantieren, egal ob Stadt oder Land. Mit der „Digitalen Agenda“ werden wir in der Landesregierung aber nicht nur den Breitbandausbau fördern, sondern auch die **digitalen Voraussetzungen für eine moderne Wirtschaft** schaffen: Wir stärken die digitale Innovationskraft, wir gewährleisten Informations- und Cybersicherheit, wir treiben die Digitalisierung der Verwaltung und öffentlicher Institutionen voran und wir schaffen die Kompetenz für Wirtschaft 4.0 und Arbeit 4.0. Um hier von Anfang vorne dabei zu sein, brauchen wir eine gute digitale Infrastruktur und die besten Fachkräfte.

Arbeit in Sachsen sichern bedeutet auch, aktiv in Teilhabe zu investieren. Derzeit gibt es eine paradoxe Situation: Auf der einen Seite gibt es im Freistaat noch immer zu viele Menschen ohne Arbeit. Auf der anderen Seite fehlen zunehmend Fachkräfte. Doch ohne Fachkräfte kein Wachstum. **Es ist daher klug, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, in die Verbesserung der Arbeitsfähigkeit benachteiligter Menschen zu investieren:** Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte, Zuwandernde, Ältere und Jugendliche in strukturschwachen Regionen ebenso wie Menschen mit persönlichen Problemen wie Sucht, Schulden oder psychosozialen Erkrankungen. **Wir wollen nicht wie bislang so viele Menschen in Sachsen zurücklassen.** Das sind wir in der Landesregierung angegangen. Für Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, haben wir durch unsere ESF-Programme bessere Möglichkeiten für Qualifizierungen geschaffen. Mittelfristig wollen wir, mit Unterstützung von Bundesprogrammen, einen sozialen Arbeitsmarkt einrichten, der vor allem Menschen zu Gute kommt, die in der heutigen Hochleistungs-Arbeitsgesellschaft nur wenige Chancen haben.

Mit der Kampagne „**Gute Arbeit für Sachsen**“ holen wir die SozialpartnerInnen und ExpertInnen an einen Tisch. Mit der Fachkräfteallianz, einer Arbeitsschutzallianz sowie einem neuen Sozialpartnerdialog gehen wir das Thema an. Wir werden den sächsischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Rücken stärken und sie dabei unterstützen,

Leitanträge

tarifliche Strukturen und Vereinbarungen auszuweiten. Sachsen darf nicht mehr die rote Laterne bei der Tarifbindung haben.

Nach dem Vorbild von Hamburg werden wir auch in Sachsen flächendeckend die erfolgreichen Jugendberufsagenturen einführen. So können junge Menschen bei der Berufswahl aktiver betreut und begleitet werden. Über eine intensivere Berufsorientierung ab Klasse 7 wollen wir die **Quote der Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrüche deutlich senken.**

Gute Arbeit ist für uns ein Kriterium, welches wir in der Arbeits- und Wirtschaftspolitik des Landes verankern wollen. Dazu gehört, dass wir ein modernes Vergabegesetz schaffen, welches gute Arbeit, Tariftreue und die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards belohnt. Auch in der Wirtschaftsförderung werden wir Kriterien der guten Arbeit verankern. Auf Bundesebene setzen wir uns für faire Regeln zur Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen ein.

Der Mindestlohn, für den wir so lange gekämpft haben, ist ein Erfolg. Er hat den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Sachsen höhere Lohnzuwächse als im Bundesschnitt gebracht. **Wir lehnen Vorschläge ab, dass der Mindestlohn für Geflüchtete ausgesetzt wird.** Eine Aufweichung enthält sozialen Sprengstoff. Wir wollen nicht, dass Beschäftigte gerade im Dienstleistungsbereich Angst haben müssen, von einem oder einer Geflüchteten unterboten zu werden. Wir wollen Flüchtlingen helfen, dass sie möglichst schnell Arbeit finden und auf eigenen Füßen stehen können: mit Sprachförderung, besserer Vermittlung und LotsInnen vor Ort. Das ist nicht nur eine Frage des Anstands sondern auch des Verstands. Wenn wir jetzt gemeinsam mit den Arbeitsagenturen, Kammern und Unternehmen investieren, wird dies nicht nur zu einer besseren Teilhabe für Flüchtlinge führen, sondern es werden auch viele Probleme in der Zukunft vermieden werden.

Wir schaffen Sicherheit für ein gutes Leben im Alter

Die Arbeitslosigkeit ist gesunken. Heute können die sächsischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbstbewusster sein. Es ist gut, dass heute viele Auszubildende ihre Lehrstelle auswählen können. Es gibt aber auch viele Menschen, gerade aus sozial schwächer gestellten Gesellschaftsschichten, in denen sich enorme Frustpotenziale angestaut haben.

Niedrige Löhne und lange Arbeitslosigkeit sind die Hauptursachen für spätere Altersarmut. Die SPD hat die Grundsicherung im Alter eingeführt, damit auch Geringverdienende einen auskömmlichen Lebensabend haben. Und wir setzen uns weiter für eine Solidarrente nach 35 Beitragsjahren ein. Auch damit wird man nicht reich und es wird auch trotzdem Menschen geben, die aufgrund ihrer Arbeitsvergangenheit in der Grundsicherung landen – es ist aber gerecht, wenn man nach 35 Jahren Arbeit ein wenig mehr in der Tasche hat als jemand, der nie gearbeitet hat. Darüber hinaus bedarf es eine grundlegende Weiterentwicklung im Rentensystem, damit sich Veränderungen in der Arbeitswelt widerspiegeln.

Leitanträge

Diese Themen sind nicht nur für Sachsen wichtig sondern für ganz Ostdeutschland. Prekäre Arbeit und arme RentnerInnen gibt es in ganz Deutschland, doch in Ostdeutschland leben die Betroffenen in übergroßer Zahl. Als sächsische SPD müssen wir hier der Anwalt der ostdeutschen ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen in der Bundespolitik sein.

Wir stehen für einen starken Staat

Vertrauen brauchen auch der Staat und seine Institutionen. Vertrauen braucht unsere Demokratie, damit sie funktionieren kann. Und dieses Vertrauen will verdient werden. In den letzten Jahrzehnten hat der Freistaat Sachsen mit seiner soliden Finanzpolitik Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Landes erzeugt. Gleichzeitig wurde dieser Kurs jedoch an einigen Stellen übertrieben: Sparen darf nicht zum Selbstzweck werden, wichtige Zukunftsinvestitionen verhindern oder das Gemeinwesen zerrütten. Die Unsicherheiten sind nicht nur gefühlt, sie sind für viele Menschen Realität. Politik muss sich als handlungsfähig erweisen, um die Probleme anzugehen, ohne zu viel zu versprechen. Wir müssen in Bildung, Infrastruktur, Polizei, Innovation und Demokratiebildung investieren.

Gerade die derzeitigen Herausforderungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen zeigen, dass der öffentliche Dienst gebraucht wird und genügend Personal haben muss, um solche Aufgaben zu bewältigen: Es braucht Verwaltungspersonal, das ankommende Flüchtlinge registriert, es braucht SozialarbeiterInnen, die eine erste Orientierung geben, es braucht RichterInnen, die Asylverfahren führen, es braucht LehrerInnen, die Kinder in die Schule integrieren, es braucht PolizeibeamtInnen, die für die Sicherheit von Unterkünften sorgen. Sachsen hat sich anfangs überfordert gezeigt, schnelle Hilfe bereitzustellen. Die Verwaltung war nicht gut vorbereitet, wichtige Stellen haben zu wenig miteinander kommuniziert und oft wurde versäumt, die Menschen in Sachsen rechtzeitig und umfassend zu informieren.

Wir wollen einen freiheitlichen, aber starken Staat. Ein starker Staat ist weder ein autoritärer Staat, noch ein Staat der Regelungswut, es ist ein Staat, der Freiheit sichert, der angemessene Rahmen setzt und der klug reguliert. Er ist Voraussetzung für politisches Handeln. Es ist ein Staat, der Kreativität fördert und nicht hemmt, es ist ein Staat, der die Schwachen schützt. So ein Staat braucht auch Geld und er braucht bestes Personal. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag verankert, dass der undifferenzierte Personalabbau im öffentlichen Dienst gestoppt wird. Mit Blick auf die vielen Flüchtlinge, die tagtäglich bei uns ankommen – und von denen viele dauerhaft bei uns bleiben werden –, wird sich auch unser Alltag in Sachsen verändern. Wir werden mehr Schulen benötigen. Wir müssen die Hochschulen zukunftssicher und weltoffen ausbauen. Wir benötigen für eine wachsende Bevölkerung eine andere Infrastruktur, im Verkehr, im Gesundheitswesen, bei der Versorgung. Wir werden auch unsere Verwaltung den neuen Zahlen und Aufgaben anpassen müssen: mehr Polizistinnen und Polizisten, mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Angestellte und Beamtinnen und Beamte in Justiz und Verwaltung. Für all das wollen wir unsere Spielräume für eine Stärkung des öffentlichen Dienstes nutzen.

Leitanträge

Wir verteidigen die Demokratie und stärken Zivilcourage

Neonazis und RechtspopulistInnen nutzen gerade ihre Chance. Rechtsextremismus war in Sachsen nie verschwunden. Seit Jahren werden Menschen ausländischer Herkunft eingeschüchtert und diskriminiert und Andersdenkende von Neonazis angegriffen. Pegida, die Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und Ausschreitungen gegen Helfende und PolizistInnen haben Sachsens Rechtsextremismus-Problem heute wieder sichtbarer denn je gemacht.

Rechte und rechtspopulistische Bewegungen und Parteien versuchen, die hohe Anzahl von Flüchtenden und die bestehenden Unsicherheiten innerhalb der Bevölkerung zu instrumentalisieren. Da wird Altersarmut auf „die da unten“ – die Flüchtlinge – geschoben und nicht auf 25 Jahre Niedriglohnpolitik in Sachsen. Geringverdienende werden aufgestachelt, Flüchtlinge seien eine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, obwohl das Schulsystem gleichzeitig vielen die Chance zum Schulabschluss verbaut hat. Und da wird in maßloser und obszöner Art und Weise versucht, die Distanz zwischen Politik und Bevölkerung zu vertiefen, um selbst politischen Profit daraus zu schlagen. Diese Bewegungen und Parteien haben den Ton in Debatten aggressiver gemacht. Pauschalisierungen, Unterstellungen, Schwarz-Weiß-Denken und Verschwörungstheorien haben Einzug in zahlreiche Diskussionen gehalten. Eine solche politische Instrumentalisierung will keine Unsicherheiten beseitigen. Sie will sie bewusst zuspitzen, um rechtsradikale, nationalistische und menschenfeindliche Politikentwürfe zu etablieren. Sie ist Gift für das Mitmenschliche und den Zusammenhalt in Sachsen.

Unser Staat und unsere Gesellschaft müssen sich gegen Menschenhass, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit zur Wehr setzen. Neben der notwendigen Aufwertung politischer Bildung werden wir hierzu regionale und landesweite zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsradikalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit intensiver unterstützen. Wir sind froh und stolz, dass sich inzwischen zehntausende Menschen in ganz Sachsen für unsere Demokratie und für die Integration von zugewanderten Menschen einsetzen. Wir freuen uns, dass sich Unternehmen und Betriebe, Kammern und Verbände, Gewerkschaften und Kirchen, die Hochschulen, Kultureinrichtungen und Sportvereine dafür engagieren, dass Menschen aus anderen Ländern in Sachsen eine Heimat finden. Denn Demokratie verlangt nach Zivilcourage. Und Demokratie verlangt nach Übernahme von Verantwortung. Deshalb brauchen wir nicht nur einen starken Staat. Wir brauchen genauso dringend starke Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen die Freiwilligen, die Hilfsbereiten, diejenigen, die Verantwortung mit übernehmen und nicht nur auf den Staat warten. Denn Solidarität – also auch die Übernahme von Verantwortung für sich und andere – ist ein ureigenes Anliegen der Sozialdemokratie. Deshalb ist Integration eine große Chance. Sie ist der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit Sachsens.

Integration, so wie wir sie verstehen, ist keine Sache von Zuwandernden allein. Wir wollen das Wort bei seiner lateinischen Wurzel nehmen – „integrare“ heißt „erneuern“,

Leitanträge

„ergänzen“, „geistig auffrischen“. Wir erleben in Sachsen gerade eine herausfordernde, aber auch sehr spannende Zeit: Die Geburtenrate steigt, die Abwanderung sinkt, Menschen ziehen in unser Land. Sachsen wächst und dieses Wachstum ist eine Chance – für die Strahlkraft unserer großen Städte, aber auch für die Zukunftsfähigkeit unserer ländlichen Räume.

Nutzen wir das Wachstum, um unser Land, unsere Politik und unsere Demokratie zu erneuern, zu ergänzen und geistig aufzufrischen. **Eine solche Erneuerung ist gerade schon in vollem Gange.** Indem wir die Menschen, den Staat und unsere Demokratie dazu befähigen, ihre Zukunft zu meistern und Vertrauen zu haben. Wir wollen, dass unsere Gesellschaft zusammenhält. Dass sie im freien und demokratischen Diskurs Zukunftsperspektiven entwickelt und Probleme löst. Dass Engagement unterstützt und gewürdigt wird. Dass verschiedene Ansichten, Lebensweisen, Herkunft und Kulturen einander ergänzen. Dafür brauchen wir gemeinsam geteilte demokratische Werte. Deshalb wollen wir die politische und ethische Bildung in unserem Land weiter stärken – in den Kindertagesstätten und Schulen genauso wie im öffentlichen Bereich. Wir wollen, dass Einheimische und Zuwandernde, Junge und Alte, Fortschrittliche und Konservative, Engagierte und Zurückgezogene einen gemeinsamen Wertekonsens teilen; dass Respekt, Toleranz, Anstand und Rechtschaffenheit Grundlage unseres Zusammenlebens sind. Wir wollen, dass die Politik mit gutem Beispiel vorangeht und Debatten sachlich und respektvoll führt. Wir wollen, dass Ausgrenzung, Demokratiefeindlichkeit und Hass in unserem Land keine Chance haben. Wir wollen, dass unser Land eine gute Heimat für jeden und jede sein kann, der oder die hier seine Heimat finden will.

Gleichstellung fordert uns alle

Gleichstellungspolitik ist eine übergreifende landespolitische Querschnittsaufgabe, eine kommunale Pflichtaufgabe und eine Aufgabe der Zivilgesellschaft. Damit diese drei Ebenen wirksam zusammenarbeiten können, wollen wir Dachverbands-, Beratungs- und Bildungsarbeit auf Landesebene sowie durch die Kommunen fördern. Wir wollen auch die bestehenden Angebote der Frauen- und Kinderschutzhäuser, der Interventionsstellen sowie der Täterberatungsstellen finanziell besser ausstatten und für die Bedarfe der neu in Sachsen lebenden geflüchteten Frauen und Familien passend ausgestalten. Kinder- und Jugendhilfe, die Schwangerenkonfliktberatung und Familienhilfe müssen sich besser vernetzen und aufeinander abgestimmt agieren. Mit einem Aktionsplan werden wir gegen jegliche Form von Diskriminierung aufgrund sexueller Identität entgegenwirken. Gleichzeitig wollen wir das sächsische Frauenförderungsgesetz in ein modernes Gleichstellungsgesetz umwandeln, das sich aufgrund von Anreiz- und Sanktionsmechanismen und überprüfbaren Vorgaben nicht weiterhin ignorieren lässt. Es wird die Grundlage für hauptamtliche und mit einem eigenen Budget ausgestattete Gleichstellungs- und Diversity-Arbeit in den Kommunen und in der Landesverwaltung bilden. Wir wollen nicht nur ein sachsenweites Monitoring für auf Frauen ausgerichtete Personalentwicklungskonzepte für die Überprüfung gerechter Entgeltstrukturen und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern auch Frauenquoten für Leitungspositionen in der Landes- und der Kom-

Leitanträge

munalverwaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass das Gesetz auch auf die Gleichstellung in der Privatwirtschaft Einfluss nimmt, zum Beispiel durch die Koppelung von Auftragsvergaben an ein gerechtes Entgeltssystem, Familienfreundlichkeit und Frauenquoten und durch leistungsorientierte Fördermittelvergabe, die die Belange einer geschlechtergerechten Arbeitswelt zum Kriterium macht.

Sachsen soll für Frauen und Männer gleichermaßen eine verlässliche Heimat seien. Wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen, dass sich Frauen nach ihren Wünschen und Möglichkeiten verwirklichen können. Dazu gehören zum Beispiel spezielle Aus- und Weiterbildungsangebote für Alleinerziehende, die sich deren Lebensrhythmus anpassen. Wir wollen auch der Abwanderung von jungen, oft hochqualifizierten Frauen aus dem ländlichen Raum entgegenwirken. Dafür brauchen wir nicht nur ausreichende Arbeitsplätze: Kita- und Schulanangebote dürfen nicht weiter abschmelzen, die Verkehrsinfrastruktur muss auf ihre Attraktivität für Familien überprüft werden.

Unsere vielleicht größte Herausforderung wird die Integration der neuen BürgerInnen sein, die jetzt zu uns nach Deutschland kommen. Diese Integration muss in der Gesellschaft genauso stattfinden wie auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen ausreichend und bedarfsgerechte Angebote für Aus- und Weiterbildung und für den Jobeinstieg. Wir sagen aber auch deutlich, dass die Werte der Gleichstellung und die entsprechenden Rechte und Pflichten nicht verhandelbar sind: alle Frauen und Männer – ob hier geboren oder zugezogen – können frei und gleichberechtigt leben.

Wir wollen die Zukunft gestalten

Die Sozialdemokratie war im Kern schon immer eine progressive Bewegung – eine Bewegung der Zukunft, der Neugier und des Wagemuts. Bei uns muss „das Neue“ nicht immer erst den Beweis erbringen, besser zu sein als „das Alte“. Es hat einen Vertrauensvorsprung, wenn „das Alte“ sich offensichtlich überholt. In den letzten Jahren hat sich unser Leben massiv verändert: Neue Technologien eröffnen den Menschen ganz neue Möglichkeiten, verlangen ihnen aber auch andere Fähigkeiten ab. Die Welt rückt zusammen und kommt sich näher, gleichzeitig steigen aber auch die Konflikte. Die Menschen haben mehr Freiheit und können ihre Individualität ausleben, zugleich brauchen Gesellschaften heute mehr Integration und Solidarität als je zuvor, um Verschiedenheit auszuhalten.

Wir sind davon überzeugt, dass sich gute Politik nicht in Legislaturperioden messen lässt. Unsere Zukunft braucht lange Gedanken, nachhaltige Antworten. Unser Wahlprogramm und unser Koalitionsvertrag sind eine gute Grundlage, um die Regierungsverantwortung auch in den nächsten vier Jahren gut zu meistern. Wir werden den Weg zu unserem Sachsen für morgen mit Geduld, Beharrlichkeit und einem langen Atem weitergehen.

Es gibt sehr viel zu tun. Wir dürfen keine Zeit verlieren. Die Zukunft wartet nicht auf uns, sie hat bereits unübersehbar begonnen. Die Grundlagen für unsere Zukunft in Freiheit und Wohlstand in einem modernen Sachsen, die schaffen wir jetzt – oder nie. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung darf nicht mehr der Vergleich mit 1990 oder mit den west-

Leitanträge

deutschen Bundesländern der Maßstab sein. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung sind die Aufbaujahre vorbei. Wir müssen erkennen: Stillstand und Selbstgenügsamkeit bremsen uns. Lamento und Schwarzmalerei werfen uns zurück. Was wir brauchen, ist Zuversicht und Wagemut, Klugheit und Entschlossenheit. Wir brauchen den zweiten großen Schwung. Wir schaffen das moderne Sachsen!